



### Arbeitslosigkeit und Rationalisierung

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland streift heute nahe an die fünfte, mit den Wohlfahrtserwerbslosen sogar an die sechste Million heran; dabei haben wir im ganzen 33 Millionen Menschen, die auf Betätigung im Berufsleben angewiesen sind. So kommt also auf sechs oder gar fast fünf, die noch Arbeit haben, im Durchschnitt bereits einer, der seinen Arbeitsplatz verloren hat. Den Niedergang des Arbeitsmarktes zeigen noch zwei charakteristische Zahlen: Von Mitte 1925 bis Ende November 1930 ist die Zahl der Beschäftigten, nach der Krankentafelstatistik, um 11,9 Prozent gesunken; von Ende 1929 bis Ende 1930 ist die deutsche Erwerbslosenzahl um 32,8 Prozent gestiegen.

Arbeitsgewohnte Menschen feiern unfreiwillig, und Betriebe veröden. Auch dieses zweite Anzeichen der Wirtschaftskrise läßt sich zahlenmäßig erfassen. Im ganzen rechnet man, daß der heutige Beschäftigungsstand der deutschen Industrie um 40 bis 45 Prozent hinter dem zurückbleibt, was sie bei voller Ausnutzung ihrer Betriebseinrichtungen leisten könnte. Infolgedessen sind Kurzarbeit und Stilllegungen an der Tagesordnung.

Der Ursachen sind mancherlei. Das System der Weltwirtschaft, wie es vor dem Krieg bestand, ist zerstört, und neue Formen und Zusammenhänge bilden sich heraus, die wir noch nicht zu überblicken vermögen. Auf jeden Fall aber spielen dabei Technik und rationelle Organisation die führende Rolle. Die Maschine, die Mechanisierung der Arbeit, die Rationalisierung der Wirtschaft, feiert erst heute, ein Jahrhundert, seitdem ihr Vormarsch in der europäisch-amerikanischen Industrie einsetzte, den entscheidenden Sieg über die älteren Produktionsmethoden der Menschheit. Bei allen Zukunftshoffnungen, die sich daran knüpfen, für die heute Lebenden bedeutet es doch unbedingt ein schweres Schicksal, was sich gegenwärtig in der ganzen Welt vollzieht, die Bedrohung des arbeitenden Menschen durch die Maschine und Stoppuhr.

Technische und organisatorische Rationalisierung ermöglicht es, bei einer Verminderung der Arbeiterzahl die Produktionsleistung zu steigern. Hierdurch verbilligt sich die Produktion. Kommt dies der Allgemeinheit zugute, so wird die Kaufkraft der Verbraucher angeregt, wird die Nachfrage steigen und schließlich eine so weitgehende Produktionsvermehrung erfordern, daß die zunächst abgebauten Arbeitskräfte bald wieder in die Betriebe zurückgerufen werden müssen. Das ist der Gedankengang aller, die die Rationalisierung befürworten. Sie berufen sich auf die Erfahrungen beim Aufbau der modernen Industrie im 19. Jahrhundert. Auch damals machte die Maschine zunächst viele Menschen in Handwerk und Heimarbeit brotlos, um aber dann eine solche Menge neuer Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, daß beispielsweise Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen von 1882 bis 1925 von 17 auf 32 Millionen erhöhen und ungleich seine Auswandererzahl von 221 000 auf 62 705 herabsetzen konnte. Aber dies ändert an der Not der unmittelbaren Gegenwart verzwiefelt wenig. Wer kann es den Notleidenden verdenken, daß sie auf Rationalisierungsergebnisse hinweisen, die ganz anders verlaufen, als die Theorie es verkündet? Wie ist es nämlich dann, wenn Abbau der Arbeitskräfte und Zunahme der Produktionsmöglichkeiten zwar pünktlich eintreten, Warenverbilligung, Umsatzsteigerung und neue Arbeitsplätze aber ausbleiben?

Natürlich sind die Verhältnisse von Land zu Land sehr verschieden. Aber zwei allgemeine Regeln lassen sich aufstellen: Erstens: Rationalisierung ist sehr am Ort, wenn der erhöhten Produktionsmöglichkeit keine Aussicht auf Absatzvermehrung entspricht. Und zweitens: der Nutzen der Rationalisierung muß der Allgemeinheit zuteil werden.

Eines scheidet sich nicht für alle. Das haben viele deutsche Fabrikanten und Geschäftsleute, die „rationalisierten“, nicht bedacht. Man hat Werkstätte und Büro kospig umgestellt, hohe Zahlungsverpflichtungen dabei übernommen, Personal abgebaut und alle Hoffnung auf die neuen Apparate und Methoden gesetzt, die vervielfachte Leistung und verminderten Aufwand versprochen. Ein nüchterner kritischer Vergleich zwischen neuer Produktionsfähigkeit und tatsächlicher Absatzmöglichkeit ist oft vergessen oder vernachlässigt worden. Die traurigen Folgen sind heute klar: die neuen Maschinen stehen still, die Schulden drücken, alte Firmen brechen zusammen, und damit schwindet oft die letzte Hoffnung der abgebauten Mitarbeiter auf Wiederbeschäftigung dahin. Nur allzu häufig lehrt bei Berichten über Zahlungseinstellungen der Hinweis wieder, daß die Kosten der Umstellung die Finanzkraft des Unternehmens überfliegen und vernichtet haben. War die „Umstellung“ in der Tat notwendig, oder folgte man nur einer Zeitströmung, einer Mode? Erst zu spät wird erkannt, daß bei absinkender Konjunktur ein Betriebsausbau, sei er auch rein technisch noch so glänzend, das Gegenteil des Erstrebtens bewirken kann.

Der Mensch ist weithin aus der Arbeit verdrängt, die mechanisierte Produktion ist überzueht, das Leben bleibt teuer, die Arbeitslosigkeit rührt über alle Wirtschaftskrisen hinaus bereits an die sittlichen und kulturellen Funda-

### Tagespiegel

Der Reichskanzler empfing am Freitag vormittag im Beisein von Staatssekretär Dr. Trendelenburg Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels.

Die Vertretungen des deutschen Bergbaus haben in einer Eingabe an den Reichskanzler sich entschieden gegen den polnischen Handelsvertrag ausgesprochen, der den deutschen Markt mit polnischer Kohle überschwemmen würde, während der deutsche Bergbau selbst schon lange mit den größten Absatzschwierigkeiten zu kämpfen habe.

Die 6. Grüne Woche 1931 ist in den Ausstellungshallen am Kaiserdammer eröffnet worden. Es ist dies die größte der bisherigen Schauen.

Das Sekretariat des Völkerbunds hat gemäß dem Beschluß des Europa-Ausschusses vom 20. Januar an Rußland, Island und die Türkei Einladungen ergehen lassen zur Beteiligung an der nächsten Tagung des Ausschusses in Genf, die am 5. Mai beginnt und etwa vier Tage dauern soll.

Die Stadt Chicago kann die Gehälter ihrer Beamten wieder nicht bezahlen.

mente der Volksgemeinschaft. Die „Rationalisierung“, vor kurzem noch ein stolzes Schlagwort des Fortschritts, ist heute schon fast von Haß verfolgt. An sich sehr zu Unrecht, denn die Rationalisierung selbst verkörpert die unablässige technische und organisatorische Entwicklung der Wirtschaft und wird, wie die Geschichte lehrt, weder durch Dekrete der Obrigkeit noch durch machinenstürzende Volksmassen jemals aufzuhalten sein. Nur darauf kommt es an, wieviel im Einzelfall die Rationalisierungsmahnmahnen sich den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten anpassen, und wie sie sich in Preis und Absatz der Erzeugnisse auswirken. Erwinnern wir uns dessen, daß heute, nach sieben Jahren der Rationalisierung, die deutschen Industriebetriebe zu bald 45 Prozent unausgenutzt, die deutschen Arbeitsmenschen zu mehr als 14 Prozent brotlos sind! Helfen kann hier vor allem nur: Wiederherstellung eines kaufkräftigen Inlandsmarktes durch Senkung der Preise und der öffentlichen Lasten.

### Dr. Krupp über die Wirtschaftskrise

Essen, 30. Jan. In der heutigen Generalversammlung der Friedrich Krupp AG., in der der bereits veröffentlichte Geschäftsabschluss 1929/30 genehmigt wurde, führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach, u. a. aus: Der Kruppische Geschäftsabschluss sei ein Abbild der Sorgen und Nöte des deutschen Wirtschaftslebens, an dem nichts geschminkt worden sei. Seit Jahren werde gegen den Grundgedanken verstoßen, daß sozialer Wohlstand nur durch die Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft erzielt werden, daß er aber niemals vom grünen Tisch aus verfügt werden könne. Um dem „Weltfrieden“ Genüge zu tun, seien der deutschen Wirtschaft Kräfte auferlegt, die sie zu Boden drückten. Angesichts der staatlichen Löhne, Sozial- und Steuerpolitik sei die deutsche Wirtschaftskrise in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung und Schärfe für niemand übersehbar gekommen, der diese unheilvolle Entwicklung aufmerksam verfolgt habe. Schon vor langer Zeit, betonte Dr. Krupp, habe ich vor dem Gefahrenpunkt gewarnt, wo die Spanne zwischen Selbstkosten und Erlösen gänzlich verschwinden würde, wo weitere Belastungen nur mit Eingriffen in die Substanz zu decken wären. An diesem Punkt stehen wir jetzt. Unternehmer und Arbeiter können für sich in Anspruch nehmen, in den schweren Jahren der Nachkriegszeit ihre Pflicht getan und manche verzweifelte Lage gemeistert zu haben. Dies berechtige zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, aus den Schwierigkeiten auch wieder herauszukommen. Ohne Opfer auf beiden Seiten könne dies freilich nicht gelingen. Zwei Kernfragen harren besonders dringend der Lösung: die Selbstkostenfrage und die Arbeitslosigkeit. Um Arbeitslose möglichst rasch wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern, müsse man versuchen, mit dem bisherigen Aufwand für Gehälter und Löhne mehr Leute zu beschäftigen und auf diesem Wege auch billiger zu produzieren. Dem Unternehmer falle bei diesem Versuch die Aufgabe zu, für vermehrte Arbeitsmöglichkeiten durch Ausführung von vielleicht zunächst unproduktiven Arbeiten zu sorgen und darüber hinaus das Risiko für den Absatz einer allmählich vermehrten Produktion auf sich zu nehmen. Wenn es gelänge, Arbeit und Kapital in diesem Sinn zu einer operbereiten Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen, sei ein Anfang gemacht mit der Beseitigung der Schwierigkeiten, die die deutsche Wirtschaft weit über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hinaus bedrückten.

### Neue Nachrichten

#### Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 30. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

#### Reichskanzler und „Grüne Front“

Berlin, 30. Jan. Die mehrtägigen Beratungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Grünen Front wurden heute zu Ende geführt. Der Reichskanzler stellte fest, daß im Rahmen eines agrarpolitischen Gesamtplans eine grundsätzliche Einigung über die erforderlichen Hilfsmahnmahnen erzielt worden sei, für die er sich zusammen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Reichskabinett einsetzen werde. Die Vorlage wird nunmehr ungefäumt im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vollendet und im Lauf der kommenden Woche soll sich das Reichskabinett damit befassen.

#### „Kreuzschar“ des Zentrums

Berlin, 30. Jan. Gemäß einem Beschluß des Reichsparteivorstands des Zentrums vom Dezember v. J. sollen im ganzen Reich uniformierte Wehrverbände der Zentrumspartei unter dem Namen Kreuzschar errichtet werden. Die Kreuzschar veranfaßte die erste größere Kundgebung in Beuthen (Oberschlesien) unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Prälat Ullrich. Er erklärte, die Zeit der Worte und Aussprachen sei vorbei. Gegen Gewalt, Unterdrückung und gegen die Mächte der Zerstörung müsse auch das Zentrum zur Erhaltung der heiligen Güter zur Abwehr greifen.

#### Diätenfözung in Bayern

Berlin, 30. Jan. Die bayerische Staatsregierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung der Aufwandsentschädigungen der Landtagsabgeordneten vorgelegt. Danach erhält ab 1. Februar jeder Abgeordnete, sofern er in München seinen Wohnsitz hat, eine monatliche Aufwandsentschädigung von 280 RM. (bisher 300 RM.), sofern er außerhalb Münchens seinen Wohnsitz hat, von 420 (450) RM. Die Mitglieder der Ausschüsse erhalten außerdem für jede Sitzung ein Taggeld von 8 bzw. 12 RM. Außerdem erhält der Landtagspräsident eine besondere monatliche Entschädigung von 300 RM. Für jeden Tag, an dem ein Abgeordneter einer Vollziehung des Landtags ferngeblieben ist, wird ein Betrag von 8 bzw. 12 RM. abgezogen. Abgeordnete, welche gleichzeitig Mitglieder des Reichstags sind, erhalten keine Aufwandsentschädigung aus der bayerischen Staatskasse mit Ausnahme der Tage, für welche ihnen aus Anlaß der Reise zwischen Berlin und München anlässlich einer Reichstags Sitzung ein Abzug der Reichstagsdiäten gemacht wird.

#### Das unerfällliche Polen

Warschau, 30. Jan. Das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ schreibt, Polen brauche Kolonien. Dafür müsse von nun ab kräftig Stimmung gemacht werden. Wenn die Frage der Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien auf die Tagesordnung komme, dann beanspruche Polen einen Teil dieser Kolonien, der mindestens so groß sein müsse, daß er im Verhältnis dem Umfang des Gebiets entspreche, den Polen nach dem Krieg von dem preußischen Staatsgebiet erhalten habe.

#### Graf Bethlen über seine Wiener Reise

Budapest, 30. Jan. Im Parlaments-Ausschuß für Auswärtiges gab Ersterminister Graf Bethlen eine Darstellung der Ergebnisse seiner jüngsten Wiener Reise. Das Zusammengehen von Ungarn und Osterreich werde noch durch den Umstand erleichtert, daß die deutsche und italienische Freundschaft sowohl für die österreichische wie auch für die ungarische Politik einen Grundpfeiler bilden. Seine Wiener Reise habe keineswegs den Zweck verfolgt, einen europäischen Block zustande zu bringen. Ungarn erstrebe mit Osterreich eine Verständigung, die die Interessen anderer Staaten nicht beeinträchtige, jedoch geeignet sei, die Wirtschaftskrise in jeder Beziehung zu mildern.

#### Urteil gegen türkische Verchwörer

Konstantinopel, 30. Jan. Gerüchweise verlautet, das Kriegsgericht habe die erste Gruppe der in die albanische Verchwörung in der Provinz Smyrna verwickelten Personen abgeurteilt. 78 seien zum Tod durch den Strang, andere zu Zwangsarbeit von 3-24 Jahren verurteilt und 27 freigesprochen worden. Das Urteil wird erst vollstreckt, wenn es vom Abgeordnetenhaus genehmigt ist. Der Verhaftungszustand im Osten der Provinz ist auf einen Monat ausgedehnt worden.

#### Der Kampf zwischen Hoover und Parlament

Washington, 30. Jan. Die Weigerung des Präsidenten Hoover und des Roten Kreuzes, die vom Senat für die

DARLEHEN. Anzahlung sofort. KURZ, Stuttgart, Neckarstraße 55

